Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 111. | Dresden, Montag den 17. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Der französische Poststreik.

Stimmungsbild unsres Korrespondenten.

Ch.-R. Paris, 14. Mai.

Am 11. Mai wurde der zweite Poststreik erklärt. Anfänglich beschloß das „Föderativkomitee", das die Bewegung leitet, den Beschluß der Kammer abzuwarten. Die Kammerdebatte wurde, wie bekannt, auf Donnerstag abend vertagt. Die Kammer wollte Zeit gewinnen, wollte der Verantwortlichkeit ausweichen. Da wäre es ratsamer gewesen, die Fortsetzung der Debatte, diese endgültige Blamage der Kammer, die über jedem Zweifel stand, abzuwarten und die Kriegserklärung wenigstens so lange zu verschieben. Als der Schreiber dieser Zeilen mit Jaurès in der Kammer sprach, erklärte dieser es als einen puren Unsinn, den Streik, der die schwerwiegendsten Folgen nach sich ziehen muß, zu entfachen. „Wenn sie dies tun, sagte er mir, so werden sie ihr Los selbst verschuldet haben." Er erlaubte mir auch, den Führern der Bewegung, die sich am Abend treffen sollte, seine Meinung mitzuteilen. Das Gespräch fand um 6½ Uhr abends in den Wandelgängen der Kammer statt. In diesem Augenblick, ohne daß wir es wußten, war der Streik durch das Föderativkomitee bereits offiziell erklärt, trotz der Meinung einiger Mitglieder des Komitees, daß die Kriegserklärung bis auf Donnerstag aufzuschieben sei. Die Würfel waren gefallen. Als ich abends um 9 Uhr auf der Tribüne des Riesensaals, wo 10 000 Beamte die Kriegserklärung einstimmig bejubelten, den Rat des Genossen Jaurès den Führern Chobeau und Pouron überbrachte, hat er zwar auf sie einen Eindruck gemacht, sie erklärten aber: es sei zu spät. Der Streik war schon im Gange. Die führenden Elemente wurden gewaltsam in den Strudel hineingezogen. Einige gaben mir recht. So zum Beispiel Subra. Vielleicht wirkte auf diesen übereilten Streikausbruch der Einfluß einiger antiparlamentarischer Elemente, die in der Minderheit sind, die aber durch ihr Temperament und ihre Leidenschaft, die Massen stark zu beeinflussen vermögen. Die Antiparlamentarier sahen mit Unzufriedenheit die Ehre, die die Beamten dem Parlament durch ihren Aufschub erwiesen. Sie drängten auf sofortiges Losgehen.

Die Beamten hegen ein blindes Vertrauen in das Föderativkomitee, das von wirklich geschickten und absolut ehrlichen und selbstlosen Leuten geleitet wird. Sie stimmen allem zu, was das Komitee beschließt. Auch in diesem Falle wurde dem Komitee Folge geleistet von allen bewußten Elementen.

Zwar ist der Streik nicht vollständig. Aber immerhin streikte am Donnerstag die überwiegende Zahl der Pariser Postwagen-Beamten der Postarbeiter. Geringer ist der Erfolg bei den Beamten der Bureaus; von 11 200 streiken 5248. Niederschlagend ist das Resultat der zentralen Telegraphenbureaus, wo von 1100 bloß 300 streiken. Das telegraphische Zentralbureau stand an der Spitze des ersten Streiks. Im Zentralbureau, rue Grenelle, nahm die Bewegung ihren Ausgang. Es ist das pulsierende Herz des Postorganismus. Als es stockte, mußte im März der wirtschaftliche und politische Verkehr des Landes stocken. Das Ausbleiben des Zentralbureaus wirkt beängstigend auf die Geister ebenso wie das Ausbleiben der Briefträger. Letzteres ist übrigens weniger wichtig, da, wo nichts zu tragen ist, der Briefträger von selbst außer Bewegung gesetzt wird.

Dafür marschiert diesmal die Provinz an der Spitze. Folgende Städte streiken ganz oder teilweise: Havre, Lille, Dijon, Marseille, Lyon, Narbonne, Toulon, Nevers, Toulouse, Bordeaux, Brest, Quimper, Le Mans, Mantes, Mateaudun, Dreux, Levallois-Perret, Rouen, Nantes, Creil, Roubaix, Dunkerque, Nancy, Bar, Troyes. Bei der Zentralisierung des Postverkehrs genügt dies, um den Verkehr des ganzen Landes zu paralysieren.

Die Regierung hat viel Aufsehen mit den Brieftauben gemacht. Nichts ist von ihnen zu hören, abgesehen von einem gelungenen Scherz des Figaro: Clemenceau blickt mit Sorge durch ein Fernrohr nach den losgelassenen Tauben und bemerkt mit Schrecken, daß auch „diese in die Direktion der „Arbeitskonföderation" ihren Flug nahmen". Wirksamer sind die Automobile, die von den Handelskammern in Bewegung gesetzt werden. Die Regierung lügt wie gewöhnlich: Der Verkehr leidet furchtbar. Sogar die jungen Telegrammträger streiken sämtlich; es sind junge Knaben. Die Gährung ist tief und wird nach der schändlichen gestrigen Kammersitzung wahrscheinlich sich mächtig entwickeln. So wenigstens hoffen die Führer. Die Versammlungen, wo nur Poststreikende, außer der Presse, zugelassen werden, sind überfüllt. Ihr Verlauf ist großartig und musterhaft. Keine leeren Phrasen. Echte Begeisterung und rührender Opfermut. Wenn man diese Männer, die für ihre Würde und Freiheit kämpfen, die ihre Existenz aufs Spiel setzen, mit den Zeloten und gewissenlosen Vertretern des Ausbeutertums vergleicht, so sieht man mit blendender Klarheit, daß eine neue Welt, eine neue Menschheit gegen eine verfaulte Scheinordnung ringt. Und früher oder später wird sie siegen. Man geht aus jeder Versammlung, die in den größten Sälen von Paris — Tivoli, Hippodrom, Manege St. Paul — stattfinden, voll Mut und befestigt in seinem Glauben an eine bessere Zukunft hinaus.

* * *

Aus Paris wird der Voss. Ztg. berichtet: Im Poststreik wiederholt sich das alte Spiel. Die Regierung versichert, daß alles in schönster Ordnung ist und am Ausstand nur 2400 Unterbeamte teilnehmen. Die Ausstandsleiter dagegen erklären in ihren öffentlichen Versammlungen, daß in Paris allein 8000 Postleute ausstehen, und wir, das leidende Publikum, stellen fest, daß unsere Drahtungen vielstündige Verspätungen erleiden und daß wir unsere Briefe unregelmäßig, unsere Zeitungen nur teilweise und mehrere Tage nach ihrer Fälligkeit erhalten.

*

Paris, 16. Mai. Im Ministerrat gab Minister Barthou Erklärungen über den Stand des Poststreikes ab. Der Ministerrat beschloß, 313 Postbeamte zu entlassen, unter ihnen 56 Beamte, 84 Unterbeamte, 17 Damen, 17 Arbeiter aus dem Departement Seine, 102 Fahrpostbeamte, 84 Angestellte aus den übrigen Departements.

Paris, 16. Mai. Eine amtliche Feststellung beziffert die Zahl der ausständigen Postbeamten in Paris auf 1917 bei einer Gesamtzahl von 20 406. Seit Freitag sollen 338 Beamte den Dienst wieder aufgenommen haben. Auch in der Provinz soll sich „die Lage gebessert haben".

*

Paris, 16. Mai. (T.-A.) Das Aktionskomitee der Postbeamten appelliert an die im Dienste gebliebenen Beamten, um den 600 entlassenen Kollegen Unterstützungen zuzuwenden.

Paris, 16. Mai. Die Postbeamten haben die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft angerufen. Die Schriftführer der Eisenbahner und Elektriker, Guérard und Pataud, haben ihnen den Ausstand ihrer Gewerkschaften zugesagt. Augenblicklich geht tatsächlich bei den Eisenbahnern, Elektrikern und Gasleuten eine geheime Abstimmung über die Ausstandsfrage vor sich. Die Bahnverwaltungen zeigen sich unbesorgt, weil von 800 000 Eisenbahnern nur 45 000 der Gewerkschaft angehören, und zwar keine Streckenbeamten, sondern für den Zugbetrieb entbehrliche Werkstattarbeiter.

Paris, 16. Mai. Die Vereinigung der Bauarbeiter hat aus Solidarität mit den Postbeamten beschlossen, den Generalstreik zu erklären. Es wurde dem Verbandsausschuß überlassen, den Zeitpunkt für den Beginn des Ausstandes zu bestimmen.

Eine neue Versammlung der Postbeamten.

Paris, 16. Mai. Die streikenden Postbeamten hielten gestern wieder eine Versammlung im Tivoli-Saal ab. Nach Absingung der Internationale erklärte einer der Streikführer, die Streikleitung habe nun einen revolutionären Charakter angenommen. Ein anderer Führer erklärte, er würde es als eine Beleidigung ansehen, wenn ihn die Postverwaltung nicht aus dem Dienste entließe. Ein Abgesandter der Postbeamten in Alencon teilte mit, daß die dortigen Postangestellten in den Ausstand getreten seien. Der Generalsekretär des Arbeitersyndikats der Lebensmittelbranche, Bousquet, erklärte, die Genossen des allgemeinen Arbeiterverbandes bereiteten in diesem Augenblick eine große revolutionäre Bewegung vor, um den Postbeamten unter die Arme zu greifen. Die Redner in dieser Versammlung ergingen sich in heftigen Angriffen gegen den Kabinettschef Clemenceau. In zwei oder drei Tagen, so wurde erklärt, sei die republikanische Demokratie mobil gemacht. Eine Reihe von Postbeamten erklärte, sie seien froh darüber, im Laufe des gestrigen Tages entlassen worden zu sein. Ein entlassener Telegraphenarbeiter bemerkte, der Augenblick sei gekommen, wo man mehr die Muskel- als die Redekraft zeigen müsse. Diese Bemerkung wurde von der Versammlung mit lautem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. Am Schlusse der Versammlung wurden Rufe: „Es lebe der revolutionäre Ausstand!" ausgebracht.

Abenteuerliche Geschichten.

Paris, 16. Mai. (W. T.-B.) An verschiedenen Orten in der Umgebung von Paris und im Süden von Frankreich sind Telegraphendrähte durchschnitten worden. Heute früh wurde ein Postunterbeamter in dem Augenblicke verhaftet, als er Telegraphendrähte durchschneiden wollte. Man fand bei ihm eine vollständige Ausrüstung zum Durchschneiden von Telegraphenleitungen. Ferner entdeckte man heute früh im Einlauf der Hauptpost sechs Briefe, denen ein starker Schwefelgeruch entströmte. Aus einem derselben stieg sogar (!!) ein leichter Rauch auf. Ein Briefkasten in einer nahe bei dem Hauptpostamt gelegenen Straße wurde durch ein Stück Zunder in Brand gesetzt, so daß der Inhalt teilweise verbrannte. Es sind strenge Anweisungen zur Ueberwachung der Briefkästen und der Gasmesser in den Straßen von Paris erlassen worden.

Paris, 16. Mai. Zahlreiche Telephonleitungen sind zerstört worden, teils infolge von Böswilligkeit, teils wegen des durch den Ausstand hervorgerufenen Mangels an Aufsicht. Der Polizeikommissar von St. Germain wurde heute verständigt, daß Leute in einem Automobil eine große Anzahl von Telegraphendrähten, die Paris mit der Normandie verbinden, im Walde von St. Germain zerstört haben.

* * *

Paris, 16. Mai. Mehreren Blättern wird aus St. Mihiel im Maasdepartement gemeldet, daß eine Anzahl von Landwehrleuten, die ihre Dienstübung beendet hatte, im Eisenbahnzuge bei der Abfahrt die Internationale anstimmte. Ein Infanterieoberst ließ den Zug halten, die Landwehrleute nach der Garnison zurückführen und ins Gefängnis bringen.

Bülow regt sich.

In allen entscheidenden Momenten, in denen es galt, den erbschaftssteuerfeindlichen Konservativen gehörig einzuheizen, war Herr v. Bülow wie verschwunden. Sobald die Konservativen ihre Politik wieder ein gut Stück dem Siege näher gebracht haben, dann wird Herr v. Bülow wieder regsam, um sich an „alle Blockparteien" mit biederen Mahnungen zu wenden, daß sie sich endlich beeilen und das große Steuerwerk fertigstellen sollen. Diese hinterhältige Politik des Reichskanzlers bewirkt es, daß die Liberalen immer wieder neue Hoffnungen schöpfen, während sie doch Zug um Zug die Gepreßten sind.

So tritt auch jetzt der Reichskanzler wieder aus dem Versteck hervor, in dem er sich während des konservativ-klerikalen Bündnisschlusses hielt. Er fordert „den Reichstag", keineswegs etwa die störrischen Konservativen, zu schleunigem Fleiß auf und läßt durch seine Unterhändler die Nationalliberalen und Freisinnigen bearbeiten, daß sie ihre Konzessionen bei den indirekten Steuern darlegen sollen, daß sie den Nachweis liefern, wie sie den Konsum „ausreichend belasten" wollen. So soll den Liberalen die letzte Waffe genommen werden, die sie gegen den konservativ-klerikalen Bund in der Hand haben. Die Konservativen machen keine Konzession in der Erbschaftssteuerfrage, aber die Liberalen sollen ihre Konzessionen auf dem Tische ausbreiten, so daß sie hernach nicht wieder zurückgehen können. Es wird sich bald zeigen, ob sich die Liberalen immer wieder von Bülow am Narrenseil ziehen lassen wollen.

Die Kölnische Zeitung, die tags zuvor in heller Wut schäumte, erhielt aus Berlin, wie wir schon im Depeschenteil unserer vorigen Nummer mitteilten, die Versicherung, daß Bülow die Finanzreform nicht gegen die Liberalen machen wolle. Das ist unzweifelhaft richtig. Der Reichskanzler will die Reichsfinanzreform überhaupt gegen keine Partei machen und selbst die Sozialdemokratie hat die Erlaubnis, für die Reform zu stimmen, wenn sie will. Weiter aber scheinen die Befugnisse der Liberalen auch nicht zu reichen, sie dürfen Ja sagen, dann werden sie mitgenommen, und wenn sie Nein sagen, können sie draußen bleiben. Ferner wird versichert, der Reichskanzler habe nicht mit dem Zentrum über die Bildung einer neuen Mehrheit verhandelt. Wieder ganz richtig. Der Reichskanzler hat mit den Konservativen, den Herren v. Manteuffel, v. Normann und v. Heydebrand, verhandelt und diese verhandelten wieder wegen Bildung einer neuen Mehrheit mit dem Zentrum. Daß Bülow „in den allernächsten Tagen", eine Erbanfallsteuer im Reichstag einbringen wird, kann die Kölnerin nicht melden, sie hat davon kein Sterbenswörtlein erfahren, obwohl ihr Artikel von einer Seite stammt, „die in der Lage ist, die Ansichten des Reichskanzlers zu kennen". Nur von einer „Besteuerung des Besitzes" wird noch gesprochen und von dieser wird gesagt, daß sie nicht etwa erst der Herbstsession vorbehalten bleiben solle, vielmehr werde die ganze Reform als ein einheitliches Ganzes betrachtet. Es müsse zunächst festgestellt werden, welche indirekten Steuern vom Reichstage zu erhalten seien und in welcher Höhe sie bewilligt werden. Sei hierüber Klarheit geschaffen, werde man dann an die zweite Frage, die Heranziehung des Besitzes herantreten können. Das ist eine glatte Desavouierung des Reichsschatzsekretärs, der noch am 8. Mai in der Finanzkommission namens der verbündeten Regierungen erklärte, daß die Reform ohne die Erbanfallsteuer nicht gemacht werden kann und nicht gemacht werden wird.

Ferner hat der Reichskanzler, wie die Nordd. Allgem. Ztg. mitteilt, dem Präsidenten des Reichstags, dem Grafen Stolberg, den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag in den ersten Tagen der beginnenden Woche die Verhandlungen im Plenum für einige Zeit abbrechen möge, um der Finanzkommission freien Raum zur schleunigen und energischen Weiterführung und Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Der Reichstag solle sich dann etwa vier Wochen nach dem Pfingstfest wieder versammeln, um die entscheidenden Verhandlungen im Plenum vorzunehmen.

Gelangt dieser Vorschlag des Reichskanzlers zur Ausführung, so ergibt sich folgende Situation. Wenn der Reichstag vier Wochen nach Pfingsten, also ungefähr am 1. Juli, wieder zusammentritt, wird er den Bericht der Finanzkommission vorfinden und die von ihr erledigten Vorlagen in die zweite Lesung nehmen können. Außerdem sollen ihm aber die Ersatzsteuervorlagen der Regierung unterbreitet werden, die ja bis dahin am Ende vielleicht doch fertig sein könnten, diese Vorlagen werden im Plenum der ersten Lesung unterzogen und dann der Kommission überwiesen. Erst wenn die Kommission auch mit diesen Ersatzsteuervorlagen fertig ist, können dann auch diese in die zweite Lesung kommen. Schließlich kann dann die dritte Lesung sämtlicher Steuervorlagen vorgenommen und damit die ganze Finanzreform erledigt werden.

Fürst Bülow will die Reichstagsabgeordneten einer Schwitz- und Hungerkur unterziehen, um die Finanzreform noch im Hochsommer durchzupeitschen. Je mehr sich der Sommer dem Herbste zuneigt und allen Reiseplänen Vernichtung droht, desto versöhnlichere Stimmung, desto größere Neigung zum raschen Handeln hofft er bei den Volksvertretern zu finden.

Gegen einen solchen Plan kann nicht scharf genug protestiert werden. Es entspricht nicht der Würde des Reichstages, eine gesetzgeberische Arbeit von der Bedeutung der Reichsfinanzreform in einer schwülen Hochsommertagung unter solchen Umständen im Automobiltempo zu erledigen. Es geht nicht an, daß die sogenannten Ersatzsteuern mit Hokuspokus, eins, zwei, drei vorgeschlagen, in Plenum, Kommission und wieder Plenum flüchtig beraten und angenommen werden, ohne daß die Bevölkerung Gelegenheit hat, zu ihnen Stellung zu nehmen. Hoffentlich wehrt sich der Reichstag ganz entschieden gegen solche Regierungspläne.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090517/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG